



Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Institute for Futures Studies and Technology Assessment

Zukunftsperspektiven für die Gesellschaft und den Maßregelvollzug

Rolf Kreibich

Arbeitsbericht Nr. 30/2008

23. Eickelborner Fachtagung zu Fragen der
Forensischen Psychiatrie

LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie
Lippstadt – 5. Bis 7. März 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Prolog	4
2	Zukunftserwartungen.....	5
3	Megatrends	7
4	Kernprobleme des globalen Wandels.....	10
5	Demografischer Wandel.....	11
6	Soziale Spaltung	18
7	Zukunftsfähige Entwicklung	19
8	Konsequenzen	22
8.1	Bildung	22
8.2	Aktives Altern	23
8.3	Teilhabe Älterer Menschen am Sozialleben.....	24
8.4	Potentiale Älterer für Familien und private Netzwerke.....	25
8.5	Bürgerschaftliches Engagement	27
9	Fazit.....	27
10	Literatur.....	28

1 Prolog

Der Krebschaden realer Entwicklungskonzepte – vor allem in Deutschland – liegt darin begründet, daß sie keine Zukunftsvisionen haben, sondern ausschließlich von Alltagsdrücken und vom Alltagshandeln geprägt sind. So kann sich kein Spannungs- und Motivationsfeld für langfristige Zukunftsperspektiven und nachhaltiges Zukunftshandeln aufbauen. Die politischen Entscheidungen und die realen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Gesundheitskonzepte von Partei- und Regierungsprogrammen sind primär durch Kurzfristigkeit und Kurzatmigkeit gekennzeichnet.

Regierungsprogramme sind in der Regel auf maximal eine Legislaturperiode angelegt. Die Handlungshorizonte verkürzen sich im allgemeinen noch dadurch, daß nach den Wahlen viel Leerlauf durch in der Regel langwierige Koalitionsverhandlungen zu verzeichnen ist. Im letzten Jahr der Legislaturperiode sind es die nahenden Wahlkampfwehen und der Wahlkampf selbst, die proaktives perspektivisches Handeln weitgehend lahmlegen. Also verbleiben Handlungsspielräume von maximal 3 bis 4 Jahren.

Auch wirtschaftliche Strategien der Unternehmen sind auf kurzfristige Gewinnmaximierung sowie Shareholder-Value und immer kürzer werdende Innovationszyklen der Produkte und Dienstleistungen (maximal 2 bis 5 Jahre) ausgerichtet. Letzteres konnten wir in einer empirischen Studie repräsentativ für alle kleinen, mittleren und großen Unternehmen in Deutschland belegen (Kreibich 2002). Es gibt nur wenige Ausnahmen bei deutschen Unternehmen, die allerdings durchweg erfolgreich waren und ihre längerfristige Zukunftsfähigkeit tatsächlich besser gesichert haben.

Die Situation ist insofern besonders grotesk, als zahlreiche Politiker, Wirtschaftslenker und Verbandsfunktionäre im Prinzip wissen oder zumindest wissen könnten, daß ihre Konzepte und Strategien nur auf Durchwursteln durch ein Geflecht von Partialinteressen und auf weit verbreitete Inkompetenz von Meinungsmachern mächtiger Organisationen, Institutionen und Medien beruhen. Wie sonst könnte es sein, daß zwar die meisten politischen Programmplaner und Entscheider davon schwadronieren, daß unsere Welt von der Globalisierung und Digitalisierung, der Ökonomisierung und Individualisierung geprägt ist, daß sie aber in ihren realen Konzepten und Handlungen darauf keine Antworten geben. So sind heute die Begriffe Wissenschafts- und Wissensgesellschaft in aller Munde, die konkreten Umsetzungskonzepte und Maßnahmen sind jedoch weit vom wissenschaftlichen Erkenntnisstand entfernt. Wird schon das üppig vorhandene wissenschaftliche Wissen über die Vergangenheit und die Gegenwart nur bruchstückhaft ausgeschöpft und vielfach auch sehr einseitig und vorurteilsbelastet verwendet, so ist es noch viel krasser mit der Nutzung des wissenschaftlichen Zukunftswissens.

Auch wenn sich die Zukunftsforschung sich der prinzipiellen Unsicherheit von Zukunftswissen bewußt ist, so verfügen wir heute gleichwohl über solide und belastbare Wissensbestände sowohl hinsichtlich möglicher als auch wahrscheinlicher und wünschbarer Zukünfte und ihrer Grundlagen in Vergangenheit und Gegenwart. Die Negierung dieses wissenschaftlichen Wissens bei der Zukunftsgestaltung führt jedenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit in nicht allzu ferner Zeit zu fatalen Folgen, die Selbstzerstörung der Menschheit eingeschlossen.

Im nationalen und kommunalen Rahmen und in den Wirtschaftsunternehmen führt das kurzfristige und kurzatmige Denken, Entscheiden und Handeln zu dem allbekannten „muddling through“ und zu gravierend falschen Weichenstellungen mit den viele Bürger belastenden katastrophalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen. Hier vor allem liegen die Ursachen für die Frustration, die Politikverdrossenheit und die Demotivation vieler Bürger, sich im Rahmen der institutionalisierten demokratischen Strukturen für das Gemeinwohl zu engagieren. Hier liegen auch die Wurzeln von Angst und Enttäuschungen über eine arbeitnehmerfeindliche Beschäftigungs- und Arbeitspolitik. Hier sind die Gründe für die Demotivation vieler Mitarbeiter in den Betrieben und Verwaltungen, nicht nur älterer Arbeitnehmer. Das wiederum ist die Hauptursache für Wettbewerbsdefizite, Innovationsschwächen und viele Unternehmenspleiten in Deutschland.

2 Zukunftserwartungen

Das Institut für Demoskopie Allensbach, eine hinsichtlich Linkslastigkeit unverdächtige Institution, hat im November 1997 eine repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung nach deren Zukunftserwartungen durchgeführt. Das Institut hat die einfache und klare Frage gestellt: „Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in 10 Jahren vor, was von dieser Liste hier wird wohl in 10 Jahren auf unsere Gesellschaft zutreffen?“ Vorgegeben waren 23 Antwortmöglichkeiten, die sehr gut die Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger abzubilden in der Lage sind. Daraus hat sich das folgende Bild ergeben:

Abb. 1

FRAGE: „Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in 10 Jahren vor, was von dieser Liste hier wird wohl in 10 Jahren auf unsere Gesellschaft zutreffen?“	
(Angaben in %)	
	Bevölkerung insgesamt
Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer	78
Die Gesellschaft wird kälter, egoistischer	71
Es wird mehr Arbeitslose geben	69
Die Zukunft wird unsicherer werden	61
Nur die Starken werden sich durchsetzen	52
Es kommt zu sozialen Unruhen	48
Die Unterstützung für andere Länder, wie die Entwicklungshilfe, wird weniger werden	39
Es wird weniger Rücksicht auf Ausländer und Minderheiten genommen	39
Die Ansprüche, das Anspruchsdenken gehen zurück, man wird genügsamer	33
Es werden sich mehr Leute selbständig machen	29
Die Familie wird an Bedeutung zunehmen	27
Das Selbstbewusstsein steigt, die Leute trauen sich etwas zu	15
Es wird mehr Risikobereitschaft geben	15
Die Menschen werden wieder mehr in die Kirche gehen	14
Mit der Wirtschaft wird es aufwärts gehen	13
Die Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander wird wachsen	11
Es wird mehr Solidarität, mehr Zusammenhalt geben	9
Es wird einen größeren Nationalstolz geben	8
Man hat größere Entscheidungsfreiheit	5
Die Politik wird bürgernäher	5
Es wird mehr Wohlstand geben, wir werden uns mehr leisten können	4
Es wird mehr gespendet	3
Keine Angaben	5

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, FAZ 2.11.1997

Nach den Veröffentlichungen in zahlreichen Zeitungen der Bundesrepublik, so in der FAZ am 12.11.1997, hätte eigentlich ein Aufschrei durch Deutschland gehen müssen. Denn eine so katastrophale Erwartungshaltung der Bürger hätte Politik, Wirtschaft und die relevanten Organisationen und Institutionen erschrecken und aufrütteln müssen. Bei

diesen Einstellungen ist nicht nur die Demokratie, sondern auch die Zukunftsfähigkeit des Landes gefährdet.

Im Grundsatz geschah allerdings nichts – das Durchwursteln nahm weiter seinen Lauf und das Ergebnis nach 10 Jahren, also heute, bestätigt in dramatischer Weise die damaligen Einschätzungen und Erwartungen der Menschen in fast allen Punkten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage: Haben wir alle, auch die Wissenschaft und die Zukunftsforschung, in Zeiten der Globalisierung, der Digitalisierung, der Neo-Liberalisierung und der Individualisierung sowie des demografischen Wandels versagt? Man könnte das meinen, nur möchte ich für unsere Arbeit im Bereich der wissenschaftlichen Zukunftsforschung in Anspruch nehmen, sowohl auf die Gefahren der Zukunfts- und Lebensqualität verschlechternden Entwicklungstrends als auch auf die Möglichkeiten positiver Umsteuerung schon seit Jahren bzw. Jahrzehnten in aller Deutlichkeit hingewiesen zu haben. Gleichwohl hat sich die an kurzfristigen und kurzatmigen Gewinnerwartungen orientierten „middle-through-Strategien“ in fast allen Lebensbereichen durchgesetzt. Sicher ist es noch nicht zu spät, aus dem bisherigen Versagen zu lernen. Deshalb hier noch einmal jene Megatrends, die unsere gesellschaftlichen, ökologischen und kulturellen Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten, wahrscheinlich sogar das gesamte 21. Jahrhundert prägen werden.

Was wir brauchen sind: Orientierungswissen sowie Leitziele und Handlungsstrategien für ein zukunftsfähiges Handeln, für mehr Lebensqualität und für ein sinnstiftendes Leben. Wie kommen wir zu solchen Visionen oder Zukunftsbildern und welche Leitkonzepte und Zukunftsoptionen sollen wir anstreben?

Um hier den Wald vor lauter Bäumen zu sehen, ist ein Blick auf die großen Zukunftstrends unerlässlich.

3 Megatrends

Unter der Voraussetzung einer notwendigen globalen Betrachtung und langfristigen Orientierung bei der Lösung aktueller und zukünftiger Herausforderungen haben wir am IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin grundlegende Zukunftstrends auf ihre Relevanz für zukünftige Entwicklungen untersucht und bewertet. Aus einer Gesamtzahl von 50 Zukunftstrends, die durch Auswertung nationaler und internationaler Zukunftsstudien selektiert wurden, konnten sodann in drei Zukunftswerkstätten die wichtigsten Basistrends ermittelt werden. Die Zukunftswerkstätten waren jeweils mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie gesellschaftlich relevanter Organisationen und Institutionen besetzt.

Wir sprechen von Basis- oder Megatrends der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn mindestens drei Kriterien erfüllt sind:

- Der Trend muß fundamental in dem Sinne sein, daß er starke bis grundlegende Veränderungen im Bereich der menschlichen Sozialentwicklung und/oder des natürlichen Umfelds bewirkt.
- Der Trend muß mindestens mittelfristig (ca. 5 bis 20 Jahre) oder langfristig (über 20 Jahre) starke Wirkungen und Folgen auslösen.
- Mit dem Trend müssen starke globale Wirkungen und Folgen für Gesellschaft und Natur (Biosphäre) verbunden sein.

Hieraus ergab sich die nachfolgende Rangfolge der 10 wichtigsten Basistrends (Megatrends):

- Wissenschaftliche und technologische Innovationen
- Belastungen von Umwelt und Biosphäre/Raubbau an den Naturressourcen
- Bevölkerungsentwicklung und demografischer Wandel
- Wandel der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informations- bzw. Wissenschaftsgesellschaft (Tertiarisierung und Quartarisierung der Wirtschaftsstrukturen)
- Globalisierung von Wirtschaft, Beschäftigung, Finanzsystem und Mobilität
- Technologische, ökonomische und soziale Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt sowie Extremismus und Terrorismus
- Individualisierung der Lebens- und Arbeitswelt
- Erhöhung der Personen- und Güterströme weltweit
- Verringerung der Lebensqualität (nach UN- und Weltbank-Indizes)
- Spaltung der Gesellschaften durch ungleiche Bildung, Qualifikation und Massenarbeitslosigkeit.

Welche extremen Folgen allein mit den ersten beiden Megatrends verbunden sind, sollen die nachfolgenden Zahlen nur andeuten:

Abb. 2:

Zum Basistrend:	Wissenschaftliche und technische Innovationen in 100 Jahren
<i>Wohlstandsmehrung</i>	
Nettoeinkommen	3500%
Produktivität in der Landwirtschaft	3500%
Produktivität im Produktionsbereich	4000%
Produktivität im Dienstleistungsbereich	4000%
Materieller Lebensstandard	3500%
<i>Lebenszeit</i>	
Verlängerung um 37,5 Jahre (Verdopplung)	
<i>Mobilität</i>	
Geschwindigkeit und Distanzüberwindung: Faktor 100	

Quellen: IZT und IAB 2004

Abb. 3:

Zum Basistrend: Belastungen der Umwelt und der Biosphäre
Raubbau an Naturressourcen
<i>Tagesbilanz – Industriegesellschaften weltweit</i>
Jeden Tag:
60.000 000 Tonnen CO ₂ in die Atmosphäre
Vernichtung von 55.000 Hektar Tropenwald
Abnahme von 20.000 Hektar Ackerland
Vernichtung von ca. 100 bis 200 Tier- und Pflanzenarten
Entfischung der Meere mit 220.000 Tonnen

Quellen: OECD 2001, UBA 2002

Abb. 4:

**Zu den Basistrends: Belastungen von Umwelt und Biosphäre
Verringerung der Lebens- und Gesundheitsqualität weltweit**

Millenniumsbericht der UN

Zentrales Problem des 21. Jahrhunderts:

2,4 Milliarden Menschen haben kein sauberes Trinkwasser
(vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika)

Quelle: Millenniumserklärung der UN 2000

Die auf der Schattenseite des technisch-industriellen Fortschritts meßbaren Belastungspotentiale lassen keinen anderen Schluß zu, als daß wir bei einem Fortschreiten auf dem Pfad der gigantischen Energie-, Rohstoff- und vor allem der Schadstoffströme in weniger als 80 Jahren unsere natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstört haben werden.

4 Kernprobleme des globalen Wandels

Unsere heutigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Herausforderungen resultieren hauptsächlich aus den Kernproblemen des globalen Wandels in der Biosphäre und dem Zusammenleben von alsbald 9 Milliarden Menschen auf dem begrenzten Globus. Ohne besondere Gewichtung handelt es sich um folgende Problembereiche:

- Klimawandel
- Verlust biologischer Vielfalt
- Bodendegradation und Landschaftsverbrauch
- Süßwasserverknappung und –verschmutzung
- Verschmutzung der Weltmeere und der Anthroposphäre
- Bevölkerungsentwicklung und grenzüberschreitende Migration
- Gesundheitsgefährdung - Massenerkrankungen
- Gefährdung der Ver- und Entsorgungssicherheit (Ernährung, Wasser, Energie, Abfall)
- Wachsende globale Entwicklungsdisparitäten
- Ausbreitung nicht-nachhaltiger Lebensstile.

Vor dem Hintergrund der alle Lebensbereiche tief durchdringenden und prägenden Megatrends und der Kernprobleme des globalen Wandels klafft eine riesige Lücke zwischen den verbalen Verlautbarungen der Politiker hinsichtlich der Bedeutung von

Globalisierung und Nachhaltigkeit und den realen Handlungs- und Lösungsansätzen sowie den tatsächlichen politischen Entscheidungen und ökonomischen Konzepten.

5 Demografischer Wandel

Der generelle Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung wird sich in Deutschland bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Basisjahr 1900 fast verdoppeln: das ist bei den Männern ein Anstieg von 46 Jahren auf 78 Jahre und bei den Frauen von 46 Jahren auf 84 Jahre.

Abb. 5: Durchschnittliche Lebenserwartung



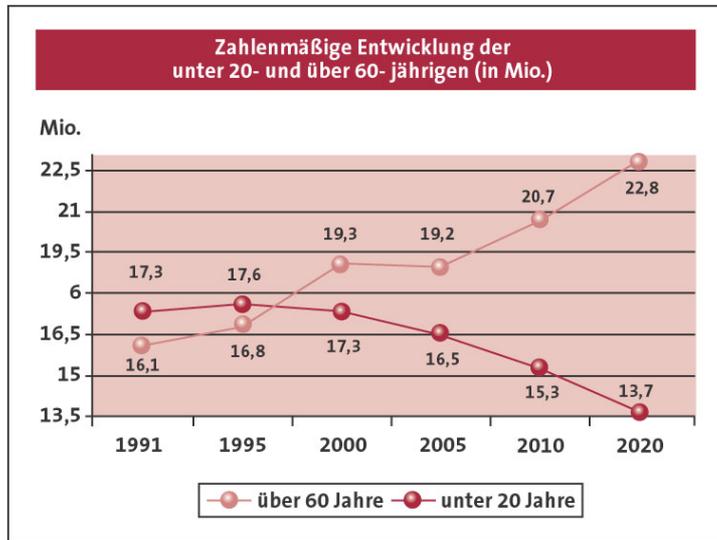
Grafik: Z_punkt

Quelle: Eurostat 2002, Miegel 2002

Besonders relevant ist der Anteil der Bevölkerung über 59 Jahre an der Gesamtbevölkerung. Während dieser Anteil im Jahre 1900 nur 8% betrug, ist er heute mit 24% schon auf das Dreifache angestiegen und wird bis zum Jahr 2040 auf ca. 40% weiter zunehmen.

Dramatisch geht die Schere zwischen den Bevölkerungsanteilen unter 20 Jahren und über 60 Jahren auseinander. Das zeigt die folgende Grafik für den Zeitraum von 1991 bis 2020:

Abb. 6: Zahlenmäßige Entwicklung der unter 20- und über 60jährigen in Deutschland

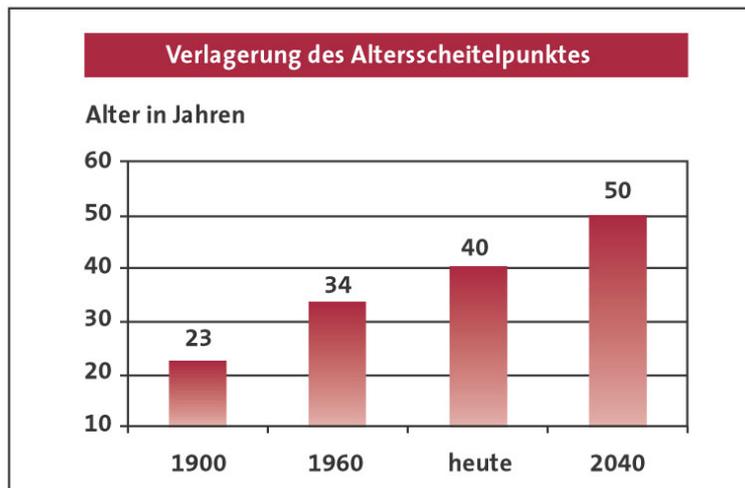


Grafik: Z_punkt

Quelle: StBA 2000

Betrachtet man das Alter, in dem sich unsere Bevölkerung zur Hälfte in einen jüngeren und zur anderen Hälfte in einen älteren Anteil aufteilt, dann liegt dieser sogenannte „Altersschieitelpunkt“ heute bei 40 Jahren und schon 2040 bei 50 Jahren, also einem Alter, das in der Literatur teilweise schon zur Gruppe der „Alten“ gezählt wird.

Abb. 7: Entwicklung des Altersschieitelpunktes in Deutschland



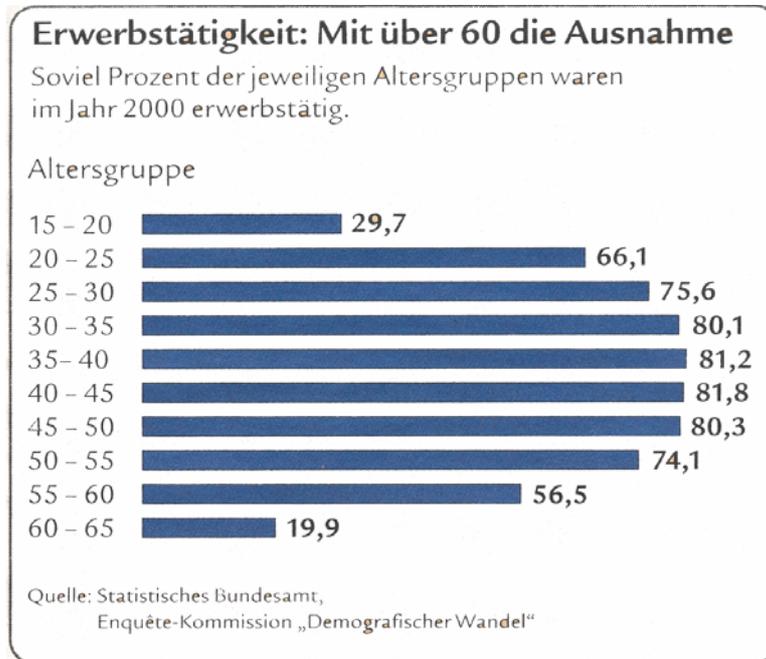
Grafik: Z_punkt

Quelle: Miegel 2002

Die nächste Abbildung zeigt die Erwerbstätigkeit über die Altersgruppen im Jahr 2000, d.h. den Anteil der Erwerbstätigen zur Gesamtzahl der jeweiligen Altersgruppe von 15 bis zu 65 Jahren. Nach 65 Jahren liegt der Anteil der Erwerbstätigen bei den Frauen bei

ca. 1%, bei den Männern bei ca. 2 %. Wir können danach also von einer fast vollständigen Erwerbslosigkeit sprechen.

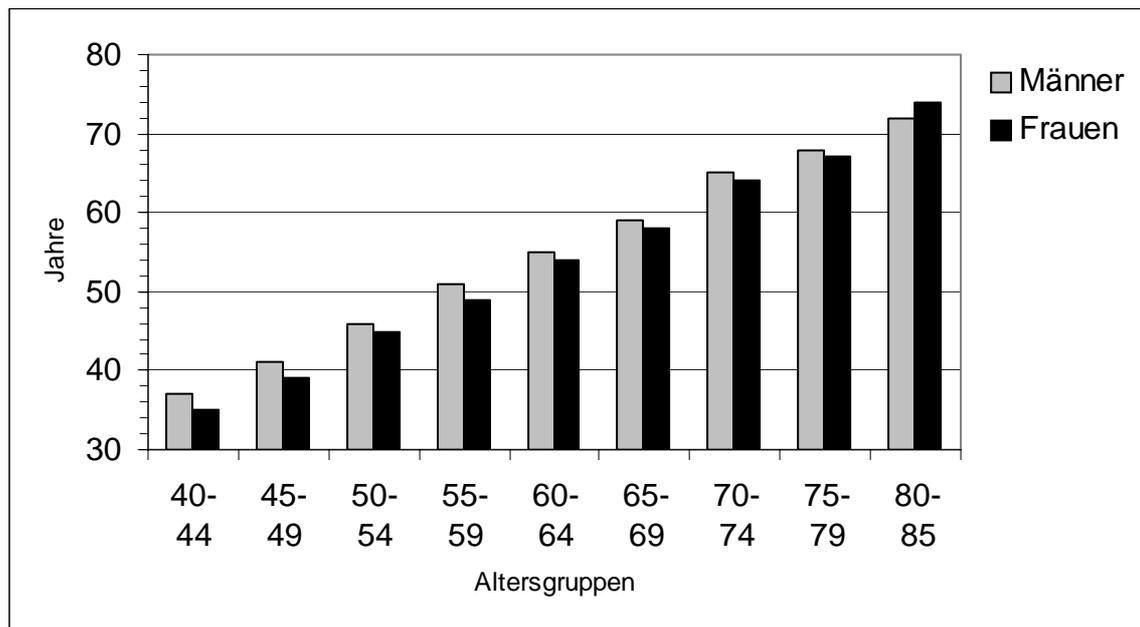
Abb. 8: Anteil der Erwerbstätigen in der jeweiligen Altersgruppe in Prozent



Obwohl es in der wissenschaftlichen Literatur keine allgemein verbindliche Definition von Alter gibt, wird noch am ehesten Alter mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben gleichgesetzt. Wie fragwürdig das ist, zeigt sich an folgenden Tatsachen:

Die meisten Personen werden nach dieser Definition quasi über Nacht mit dem Erreichen eines bestimmten Geburtstags „alt“. Damit würde der 45jährige Frührentner ebenso in den Definitionsbereich „Alter“ fallen wie der 80jährige Selbständige, der sich gerade zur Ruhe gesetzt hat. Auch wenn der gesetzliche Rahmen des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand für die meisten Menschen eine starke Zäsur in der Lebenswirklichkeit darstellt, bleiben doch viele qualitative Aspekte des Alters dabei unberücksichtigt. Allein die Tatsache, dass das „Altersselbstbild“ der 40 bis 85jährigen Männer und Frauen gravierend von ihrem tatsächlichen biologischen Alter abweicht, macht es schwer, eine klare Bestimmung für „Alter“ festzulegen.

Abb. 9: Wie alt fühlen Sie sich? („Altersselbstbild“)



Quelle: Enquete-Kommission Demografischer Wandel (2002)

Das Ergebnis, dass sich alle Altersgruppen von 40 bis 85 Jahren im Mittel rund 10 Jahre jünger fühlen als sie ihrem biologischen Alter nach sind, wird in der psychologischen Literatur als Ausdruck eines positiven Selbstbildes interpretiert, das mit Beweglichkeit, Flexibilität und einem tendenziell vorhandenen Potential zur Selbständigkeit in Verbindung gebracht wird.

Auch wenn der Übergang in den Ruhestand nach wie vor den Anfang einer veränderten Lebenswirklichkeit markiert, kann er nicht mehr als Ereignis gewertet werden, das jemanden weniger flexibel und weniger selbständig macht. Im Gegenteil, mit dem Übergang in den Ruhestand, der im Mittel bei den Männern bei 59,8 Jahren und bei den Frauen bei 60,5 Jahren liegt, beginnt eine neue Lebensphase mit neuen Orientierungen, auch mit neuen Lebensweisen und der Inanspruchnahme neuer Techniken und Aufnahme neuer Tätigkeiten (Enquete-Kommission Demografischer Wandel 2002).

Wenn heute von einer „alternden Gesellschaft“ gesprochen wird, dann bezieht sich das vor allem auf die quantitative Verschiebung der Anteile älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung mit Blick auf die Zäsur „erwerbstätig“ - „nicht mehr erwerbstätig“. Dies hat, und das hat die gerontologische Forschung inzwischen in aller Klarheit gezeigt, wenig mit geistigen oder psychischen Prozessen zu tun als vielmehr mit der sozialen Sicht und den sozialen Veränderungen beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand.

Vor diesem Hintergrund kann „Alter“ heute nicht mehr als Restzeit verstanden werden, die es in der Gesellschaft auch noch gibt. Vielmehr muss gerade auch im Hinblick auf die Ausdehnung an beiden Seiten - früherer Übergang in den Ruhestand und längere Lebensdauer - davon ausgegangen werden, dass es zunehmend um die Neugestaltung

einer langen aktiven biografischen Phase und um eine veränderte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben geht.

Das wichtige Thema „Selbständigkeit im Alter“ führt zu zwei Betrachtungsebenen:

Erstens geht es um die Frage, welche neuen Lebensweisen und Bedürfnisse und welche neuen Dienstleistungen und Techniken für die älteren Menschen als Nutzer von besonderer Relevanz sind. Nicht nur das große verfügbare Einkommen, d.h. die enorme Kaufkraft dieser Altersgruppe, sondern auch die besonderen Interessen, Bedürfnisse und Wünsche sowie das vorhandene Zeitbudget bestimmen in hohem Maße die Inanspruchnahme neuer Produkte, Dienstleistungen sowie neuer Techniken und neuer Arbeit bzw. Tätigkeiten.

Zweitens geht es aber auch um die Frage, welche neuen Dienstleistungen und neue Arbeit werden die älteren Menschen selbst aktiv als bezahlte oder unbezahlte Tätigkeit ausfüllen und welche neue Technik werden sie hierfür nutzen, um ihre Selbständigkeit zu erhalten oder neu zu gewinnen. Wie sich bereits abzeichnet, wird die erheblich verlängerte Lebenszeit mehr und mehr dazu führen, dass die Lebensplanungen in der dritten großen Lebensphase mehr aktive Tätigkeiten umfassen werden. Auch aus gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gründen und zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lastenverteilung zwischen den Generationen wird kein Weg daran vorbeiführen, dass die Älteren wieder einen wachsenden Anteil an der produktiven Arbeit selbst übernehmen (vgl. hierzu: Fünfter Altenbericht 2005).

Die nachfolgende Abbildung 7 enthält die wichtigsten **Handlungsfelder** für neue Dienstleistungen und Tätigkeiten im Hinblick auf Erhaltung und Gewinnung von Selbständigkeit im Alter. Die Reihenfolge der Handlungsfelder berücksichtigt ihre quantitative und qualitative Bedeutung für diese Altersgruppe (Kreibich 2004).

Abb. 10: Neue Dienstleistungen und Tätigkeiten – Handlungsfelder

SELBSTÄNDIGKEIT IM ALTER
Neue Dienstleistungen und Tätigkeiten
HANDLUNGSFELDER Gesundheit und soziale Dienste Freizeit, Fitness und Sport Bildung und Wissen, Qualifizierung, Weiterqualifizierung Haushalt und Wohnen Sicherheit, Sicherheitsdienstleistungen Ernährung, Verbrauch, Techniknutzung Finanzen, Finanzdienstleistungen Medien/Neue Medien Mobilität/Verkehr
 Berlin

Quelle: Kreibich 2004

So steht beispielsweise das Gesundheits- und Sozialwesen seit Jahren unter hohem Reformdruck, der sich insbesondere auf die Verbesserung der Qualität, der Effizienz, der Organisationsstruktur und die Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen bezieht. Dieser Reformdruck erhält vor allem auch dadurch seinen hohen politischen Stellenwert, als in allen repräsentativen Befragungen von den älteren Menschen die Gesundheit ganz oben in der Rangfolge für Lebensqualität eingestuft wird. Vor diesem Hintergrund ist es nur plausibel, dass in diesem Feld auch neue Dienstleistungen und neue Techniken erforderlich sind, um die vorhandenen Modernisierungs- und Innovationslücken zu schließen. Die wichtigsten Anknüpfungspunkte hierfür bieten nach bisherigen Erkenntnissen die folgenden Handlungsbereiche:

Abb. 11

Gesundheit und soziale Dienste - Handlungsbereiche

- Prävention und Gesundheitsförderung (Empfehlungen des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen)
 - Beispiele
 - Systematische Gesundheitsförderung im Krankenhaus
 - Betriebliche Gesundheitsförderung
 - Sportliche Bewegung und ergonomische Maßnahmen
 - Früherkennungsuntersuchungen
 - Ernährungsforschung und -aufklärung
 - Raucherentwöhnungsprogramme
- Qualitätssicherung und Benchmarking
- Innovationsförderung, Service-Engineering
- Patienten- (Kunden-)orientierte Integration verschiedener Versorgungsleistungen
- Erneuerung der ambulanten Dienste und Gesundheitsmonitoring
- Nutzung telematischer Technik und Dienste

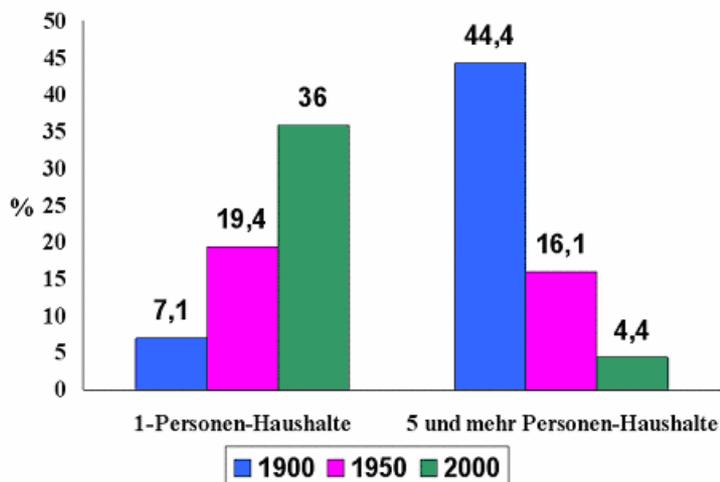
Quelle: Kreibich 2004

Der demografische Wandel hat zusammen mit dem eingangs dargestellten Megatrend Individualismus weitere gravierende Veränderungen der gesellschaftlichen Grundstrukturen hervorgerufen:

So läßt sich in den vergangenen 100 Jahren ein dramatischer Rückgang der Fünf- und Mehr-Personen-Haushalte und eine ebenso folgenreiche Zunahme der Ein-Personen-Haushalte konstatieren:

Abb. 12

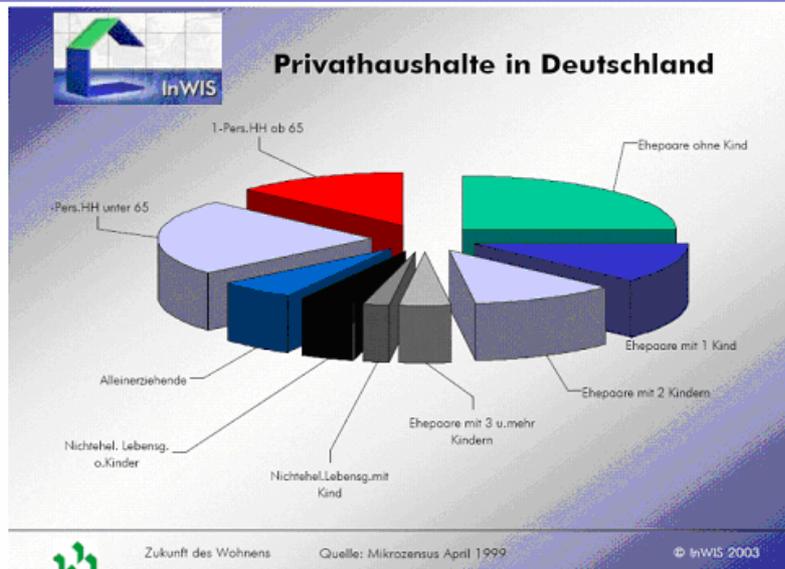
Haushaltsgrößen 1900, 1950, 2000 in Prozent der Haushalte



Quelle: StBA 2004

Ganz auf dieser Linie liegt auch die starke Zunahme der Differenzierung unserer Privathaushalte. Dominierte noch vor 100 Jahren fast durchgängig die Familie mit verheirateten Ehepaaren und 2 oder mehr Kindern, so ist heute das Spektrum der Privathaushalte äußerst bunt mit entsprechend differenzierten Lebensstilen, Bedürfnissen, Wünschen, Tätigkeitsmerkmalen sowie Produkt- und Techniknutzungen.

Abb. 13



6 Soziale Spaltung

Die negativen Erwartungen der deutschen Bevölkerung nach der eingangs dargestellten Repräsentationsbefragung von 1997 bilden sich wohl am deutlichsten in der tatsächlich eingetretenen Kluft zwischen Arm und Reich, Sozialempfängern und Gutverdienern sowie Durchschnittsverdienern (FacharbeiterInnen) und Managergehältern ab. Zudem gelten zu Recht Arbeitslose, Alleinerziehende und Familien mit mehr als 2 Kindern als sozial unterprivilegiert und Alleinverdiener, kinderlose Ehepaare und nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit lukrativen Jobs als Gewinner der zunehmenden sozialen Spaltung. Die folgenden zwei Abbildungen verdeutlichen, wie weit die soziale Spaltung bereits fortgeschritten ist. Sie markieren eine Entwicklung, die die demokratisch-sozialen Grundstrukturen bereits erheblich erschütterten und bei einem weiteren Fortschreiten zu gewaltigen Eruptionen führen kann.

Auch an dieser Stelle wird deutlich, daß die neoliberale Ideologie vom freien Spiel der Marktkräfte gefährliche Konfliktpotentiale aufwirft, die früher oder später an Belastungsgrenzen des gesellschaftlichen Miteinanders stoßen werden.

Abb. 14

Einkommensentwicklung
(Veränderungen gegenüber Basisjahr 1997)
Deutsche Aktiengesellschaften

Löhne und Gehälter	Vorstandsbezüge	Durchschnittliche Vergütung je Vorstand und Jahr
Veränderungen in Prozent		
1997	-	<i>Deutsche Bank</i> 6,28 Mio €
1998	0,6	<i>DaimlerChrysler</i> 2,63 Mio €
2000	1,3	<i>Bayer</i> 2,41 Mio €
2006	1,5	<i>BMW</i> 1,98 Mio €
		<i>BASF</i> 1,75 Mio €

Gehalt Mitarbeiter Deutsche Bank ~ 42.000 € →
 Vergütung Vorstandsmitglied Deutsche Bank ~ 6.300.000 € → 150fache

Quelle: manager-magazin Heft 7/ 2007

Abb. 15

Soziale Disparitäten in Deutschland

	1998	2005
	in %	in %
Einkommen unter der von der EU definierten Armutsgrenze	12,1	13,9
Anteil der 10.000 Reichsten am gesamten privaten Netto- Vermögen (5.600 Mrd. €)	44,9	47,0
Zahl der überschuldeten Haushalte	2,7	3,2
Als arm gilt, wer weniger als 60% des alterstypischen Netto- Einkommens hat		
Anteil der Arbeitslosen	33,1	41,2
Alleinerziehende (Kindergeld)	35,4	35,6
Haushalt mit mehr als 2 Kindern		

Quelle: Armutsbericht 2004 und Bundesstatistik

7 Zukunftsfähige Entwicklung

Heute dominieren weltweit zwei Leitbilder: Die Informations- oder Wissenschaftsgesellschaft als Fortsetzung der Industriegesellschaft mit anderen Mitteln und die Nachhaltige Entwicklung als Kurswechsel von der quantitativen zur qualitativen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Deutlich stehen sich die beiden Entwicklungswege noch immer weitgehend unverbunden gegenüber. Beide Zukunftsperspektiven haben aus ganz unterschiedlichen Gründen eine

besondere Mächtigkeit sowohl als Leitbilder für globale Entwicklungsstrategien als auch für das praktische Handeln auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Diese Leitbilder sind nicht nur für die Zukünfte von Staaten, Kommunen und Unternehmen prägend, sondern auch für zukünftige Lebensstile, Bildung, Ausbildung, Arbeit, Kultur, Gesundheits- und Sozialverhalten.

Die „Informations- bzw. Wissenschaftsgesellschaft“ begründet sich hauptsächlich aus der wachsenden Bedeutung der Ressource „Information und Wissen“, insbesondere von wissenschaftlichem Wissen, und der zunehmenden ökonomischen und sozialen Relevanz der technischen Informations- und Kommunikationssysteme in Verbindung mit dem Einsatz von Computern und Netzen. Ihre Durchsetzung folgt im wesentlichen der Eigendynamik des technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs im Rahmen des internationalen Wachstums- und Produktivitätswettlaufs. Die Mächtigkeit des Leitbildes „Informationsgesellschaft“ resultiert aus der zunehmenden Verfügbarkeit und universellen Anwendung wissenschaftlichen Know-hows und informationstechnischer Systeme. Ihr Einsatz bestimmt heute in hohem Maße die Entwicklung aller Lebensbereiche.

Das Leitbild der „Nachhaltigen Gesellschaft“ begründet sich hauptsächlich aus der Notwendigkeit, die Lebens- und Produktionsgrundlagen weltweit dauerhaft zu erhalten und die Gewinne aus den natürlichen und wissenschaftlich-technischen Ressourcen gerechter zu verteilen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass jede Generation so handeln muss, dass das natürliche Kapital (Quantität und Qualität der natürlichen Lebensmedien und Ressourcen) soweit erhalten bleibt, dass für künftige Generationen die Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden und ein Zusammenleben aller Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Stabilität langfristig möglich ist.

Heute läßt sich auf der Grundlage des vorhandenen wissenschaftlichen Zukunftswissens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, daß der seit Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts anhaltende Trend zur Verringerung der Lebensqualität nur dann umzukehren ist, wenn die wichtigsten sozialen, ökonomischen und technologischen Innovationsparameter den Leitziele einer Nachhaltigen Entwicklung folgen. Auf der Grundlage der Indizes von UN und Weltbank zeigt sich, daß die Lebensqualität bei einem Weitermachen wie bisher – auch in den Industrieländern – trotz permanenten Wirtschaftswachstums seit 1976 stetig abnimmt.

Dieser Trend läßt sich nur stoppen und umkehren, wenn die Leitperspektiven und Handlungsziele einer Nachhaltigen Entwicklung, wie sie etwa in der Agenda 21 der Vereinten Nationen vorgezeichnet sind, in allen Handlungsbereichen – das gilt auch für die Zukunft des Maßregelvollzugs – als Grundlage anerkannt werden:

Leitperspektiven der Nachhaltigen Entwicklung

- *Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Schonung der Naturressourcen*
- *Verbesserung der Lebensqualität und Sicherung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung*
- *Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit*
- *Wahrung und Förderung der kulturellen Eigenentwicklung und Vielfalt von Gruppen und Lebensgemeinschaften*
- *Förderung menschendienlicher Technologien und Verhinderung sperriger Techniken und irreversibler Umfeldzerstörungen*

Ich betrachte es als große Herausforderung, die Leitbilder „Informationsgesellschaft“ und „Nachhaltige Gesellschaft“ auf ihre Vereinbarkeit und mögliche Kopplung abzuprüfen und für alle Handlungsbereiche reale Zukunftsstrategien zu entwickeln und zukunftsfähige Gestaltungsansätze herauszuarbeiten. Dass die beiden Leitbilder nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zueinander stehen, geht daraus hervor, dass sich genügend Beispiele dafür aufzeigen lassen, dass bei richtigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bessere Öko- und Sozialbilanzen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zu erzielen sind.

Zur Erfüllung des Nachhaltigkeits-Prinzips müssen für alle Handlungsfelder konkrete Einzelziele, Umsetzungsstrategien und Maßnahmen herausgearbeitet werden, die sich an möglichst klar definierten Nachhaltigkeits-Indikatoren messen und bewerten lassen. Hervorzuheben ist, daß die Annäherung an die Leitziele der Nachhaltigkeit nur schrittweise erfolgen kann. Nachhaltige Entwicklung ist ein permanenter Prozeß der Gestaltung von Zukunftsfähigkeit, der im Prinzip nie zum Abschluß gebracht werden kann, solange Menschen handeln und dabei Stoff-, Energie- und Informationsflüsse induzieren.

Der damit verbundene Paradigmenwechsel muß in erster Linie auf folgende Nachhaltigkeits-Strategien ausgerichtet werden:

- Alle wissenschaftlich-technologischen und institutionellen Innovationen sind im Hinblick auf neue Produkte, Dienstleistungen und Informationsflüsse konsequent auf die Einsparung von stofflichen und energetischen Ressourcen zu richten. Das heißt, es geht darum, mit wesentlich weniger Ressourceneinsatz den gleichen Nutzen zu erzielen.
- Sowohl die Produktion und die Dienstleistungen als auch die Konsumtion müssen wieder besser in die natürlichen ökologischen (biogeochemischen) Kreisläufe der Natur eingepaßt werden. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe

und der Einsatz der regenerativen Energien bilden hierfür die Grundlage. Die Anpassung an die Absorptions- und Aufnahmefähigkeit von Ökosystemen bei der Herstellung, Nutzung und Verbringung von Produkten und Infrastrukturen sowie bei der Inanspruchnahme dazugehöriger Dienstleistungen ist eine notwendige Voraussetzung für eine solche Konsistenzstrategie.

- Wir werden langfristig nur durch die Praktizierung neuer Lebensstile und Lebensweisen mit neuen Wohlstands- und Lebensqualitätsorientierungen zukunftsfähig bleiben. Hier liegt ein weites Feld, das von grundlegenden Einstellungsänderungen, Wandel der Normensysteme bis hin zu einem bewußteren Konsum-, Kauf- und Nutzungsverhalten und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen reicht.

Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzinnovationen wird es in einer freien demokratischen Gesellschaft nur dann geben, wenn mehr Eigenverantwortung und Selbstorganisation praktiziert wird. Nur dann werden soziale Phantasie, Kreativität und proaktives Handeln für die Leitorientierung „Nachhaltige Entwicklung“ freigesetzt. Gerade die Bildung sowie die Aus- und Weiterbildung haben die große Aufgabe, selbstverantwortliches Handeln und Selbstorganisation zu stärken und die Menschen für die Entwicklung und Anwendung geeigneter sozialer Innovationen zu begeistern.

8 Konsequenzen

8.1 Bildung

In Anbetracht einer neuen Bildungsoffensive müssen in der Wissenschaftsgesellschaft nicht Informationsvermittlung allein, sondern Wissen und Bildung zusammen einen vorrangigen Stellenwert einnehmen. Die Bewältigung der komplexen Anforderungen und Umfeldbedingungen verlangt in der sich globalisierenden Welt eine Orientierung auf langfristig nachhaltige Zukunftsperspektiven und in diesem Sinne neue Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsschwerpunkte. Relevantes Wissen und relevante Bildung erfordern angesichts der enormen Informationsmengen und des wachsenden Informationsmülls Kompetenzen, die weit über das fachliche Wissen hinausreichen. Die folgende Tabelle enthält aus der Sicht der Zukunftsforschung und mit Blick auf die aktive Teilhabe der zu Bildenden und zu Qualifizierenden Wissens- und Bildungskompetenzen, die sowohl für den Beruf als auch die Privat- und Freizeitsphäre von wachsender Bedeutung sind:

RELEVANTES WISSEN

Informationsberge

Informationsmüll

Fachliches Wissen
Orientierungswissen
Selektives Wissen
Vernetztes Wissen
Praxis- und Handlungswissen
Schlüsselqualifikationen
Soziale Kompetenz
Kulturelles Wissen
Fremdsprachenkompetenz
Entscheidungskompetenz

Vor diesem Hintergrund sind auch die folgenden Leitperspektiven für die Zukunft der Bildung zu beachten:

- Hohe Bildungsmobilität
 - institutionell: durchlässige Grenze zwischen den Bildungsbereichen
 - individuell: Kompetenzen für selbständige und flexible Bildungsbiografie
- Lebenslanges Lernen und Qualifizieren (in Betrieben und überbetrieblich)
- Orientierung auf Zukunftsherausforderungen und Nachhaltige Entwicklung
- Europäisierung und Globalisierung
- Starker Praxis- u. Handlungsbezug
- Drastische Erhöhung der Ausbildungs- und Weiterbildungsquoten (insbesondere auch bei ausländischen Jugendlichen)
- Langfristige Sicherung einer hohen Aus- und Weiterbildungsqualität.

8.2 Aktives Altern

Ein Paradigmenwechsel in der Betrachtung des Alters mit dem Leitziel der Förderung eines aktiven Alterns durch Gesundheitsprävention, Bildung, Weiterqualifizierung, Fitness, Wellness, Sport und anspruchsvolle Tätigkeits- und Freizeitgestaltung verlangt neue Rahmenbedingungen zur Förderung der Selbständigkeit und Selbstorganisation.

Die folgenden Punkte sind Grundforderungen, die sich aus dem 5. Altenbericht der Bundesregierung „Potentiale des Alters“ ergeben (Fünfter Altenbericht 2005):

Abb. 16

Zukunft des Alters: Förderung eines aktiven Alterns

- Flexible Arbeitsmodelle zur Erhaltung von Arbeitsfähigkeit, Motivation und Qualifikation
- Flexible Arbeitsvolumina von 100% bis 50% der Wochenarbeitszeit mit abnehmender Tendenz im Alter
- Drastische Erhöhung der Beschäftigungsquote aller Altersgruppen ab 55
- Einschränkung von Frühverrentungen in Unternehmen und Öffentlichem Dienst
„Jugendwahn“ in den Unternehmen abbauen, Ältere sind nicht schlechter qualifiziert als Jüngere, teilweise besser
- Bildung altersgerechter Arbeitsteams (Misch-Teams)
- Ausbau der Weiterbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen und Einrichtung spezifischer Qualifizierungsmaßnahmen für Ältere
- Altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze und des Umfeldes
- Flexibilisierung des Renteneintrittsalters durch Lebensarbeitszeitkonten (wie im Normalfall bei Journalisten, Freiberuflern, Unternehmern, Politikern etc.)

8.3 Teilhabe Älterer Menschen am Sozialleben

Die Zukunft des Alters wird bei der ständig wachsenden Zahl älterer Menschen vor allem davon abhängen, inwieweit es gelingt, eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu realisieren.

Hierfür bedarf es einer Reihe von Fördermaßnahmen, von denen die folgenden als besonders relevant angesehen werden:

Abb. 17

Förderung einer aktiven Teilhabe am Sozialleben

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen und Qualifizieren im gesamten Bildungssystem und in den Betrieben
- Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen in den Betrieben und Kommunen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Neue Dialogformen von Gesellschaft und Wirtschaft mit Senioren(organisationen) für neue Produkte und Dienstleistungen und Akzeptanz neuer Technik
- Professionelle Unterstützungsangebote und neue Wohn- und Wohnumfeldmodelle für differenzierte Familienstrukturen, fragiler werdende Partnerschaften und private Netzwerke
- Stärkung von Prävention, Rehabilitation, Gesundheitsbildung und Gesundheitshandeln
- Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit (Selbstorganisation, Betreuung, Pflege)
- Förderung kultureller Vielfalt und der Nutzung von Potentialen älterer Migranten in Gesellschaft, Arbeitsleben und Familien

Quelle: Fünfter Altenbericht 2005

8.4 Potentiale Älterer für Familien und private Netzwerke

Nach wie vor sind die Potentiale älterer Menschen für Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegeleistungen älterer Menschen im Rahmen der Familien und privater Netzwerke von unschätzbarem Wert für die Gesellschaft. Deshalb sollte in Zukunft auf diese Tätigkeiten noch erheblich mehr Wert gelegt werden. Die folgenden Empfehlungen umfassen das erforderliche Handlungsspektrum für eine positive Mobilisierung von Potentialen:

Abb. 18

Potentiale in Familien und privaten Netzwerken

- *Erhaltung der Betreuungs- und Pflegeleistungen älter werdender Männer und Frauen*
aktive Einbindung in die professionelle ambulante Dienstleistungsstruktur;
Dynamisierung des Pflegegelds
- *Förderung und Entwicklung von Unterstützungsleistungen in zunehmend differenzierten und fragilen Familienstrukturen und Lebensbezügen*
z. B. nichteheliche Partnerschaften; Patchwork-Familien; homosexuelle Partnerschaften
- *Unterstützung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit (Dienste, Betreuung, Pflege)*
zielorientierte Schulung professioneller Dienstleister;
Schaffung notwendiger Voraussetzungen in Unternehmen und Verwaltungen zur Erhaltung der Berufstätigkeit und der Arbeitsverhältnisse;
Förderung differenzierter Formen gemeinschaftlichen Wohnens durch die Kommunen;
Integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung verbessern durch Kommunen und Leistungserbringer

Quelle: Fünfter Altenbericht 2005

Abb. 19

- *Einrichtung integrierter Beratungs-, Betreuungs- und Pflegestützpunkte*
Abstimmung und Vernetzung der professionellen Unterstützungsangebote (Kommunen, Krankenkassen, Pflegekassen und sonstige Leistungserbringer);
Einrichtung von Fall-Management-Strukturen gemäß positiver Modellvorhaben;
Verbesserung der Informationsarbeit und Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken;
Sicherung der Qualität und Unabhängigkeit durch kommunale Kontrolle
- *Förderung der generationsübergreifenden Unterstützungsleistungen*
Entwicklung und Förderung neuer Wohnformen und Modellprojekte des gemeinschaftlichen Wohnens;
Stärkung gegenseitiger Selbst- und Nachbarschaftshilfe;
Einrichtung und Förderung von Wissensbörsen und qualifizierendem Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen;
Schaffung von speziellen Wohnmodellen unter Einbezug chronisch oder demenziell erkrankter Menschen
- *Erhaltung und Verbreitung bürgerschaftlichen Engagements*
Verbesserung und Förderung der Zusammenarbeit von professioneller und bürgerschaftlicher Dienst-, Betreuungs- und Pflegeleistungen;
Vernetzung vorhandener Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen;
Absicherung bürgerschaftlichen Engagements in rechtlicher Form und durch unabweisbare Sachmittel.

Quelle: Fünfter Altenbericht 2005

8.5 Bürgerschaftliches Engagement

Eine moderne komplexe Gesellschaft wie die in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich nach heutigen Erkenntnissen nicht mehr steuern und organisieren ohne eine Mitwirkung der Zivilgesellschaft und ein starkes bürgerschaftliches Engagement. Vor diesem Hintergrund kommt der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine zentrale Funktion zu. Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen sind sowohl dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement 2002) als auch dem Fünften Altenbericht entnommen:

Abb. 20

Bürgerschaftliches Engagement: Handlungsempfehlungen

- Eine „Kultur des Bürgerschaftlichen Engagements“ schaffen
- Anerkennungskultur fördern
- Das Verhältnis von hauptamtlicher und freiwilliger Arbeit aktiv gestalten – Übergänge und Vereinbarkeit fördern
- Die Pluralität und den Wandel von Motivation für BE berücksichtigen
- Unternehmen für eine aktive Engagementkultur gewinnen
- Ausbau der kommunalen Bürgerbeteiligung
- Reformen der Sozialsysteme müssen mehr BE ermöglichen.

9 Fazit

Man kann die Zukunft nicht vorhersagen. Man kann allerdings wissenschaftliches Zukunftswissen nutzen, um mögliche, wahrscheinliche und wünschbare Zukünfte zu erfassen und in einem partizipativ-demokratischen Prozeß darauf hinarbeiten, daß negative Entwicklungen und Katastrophen verhütet werden und die besten Zukunftsperspektiven realisiert werden. Das gilt ganz allgemein und speziell auch für die Entwicklung des Maßregelvollzugs in Deutschland.

10 Literatur

Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement (2002); Schlußbericht „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine bürgerschaftliche Gesellschaft“, Berlin

Enquete-Kommission Demografischer Wandel (2002), Schlußbericht: „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Berlin

Fünfter Altenbericht (2005) der Bundesregierung: Sachverständigenkommission/BMFSFJ „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“, Berlin

Kreibich, Rolf (2002); Schlaffer, Alexandra; Trapp, Christian; Burmeister, Klaus „Zukunftsforschung in Unternehmen, SFZ-Werkstattbericht Nr. 33, Gelsenkirchen

Kreibich, Rolf (2004) „Selbständigkeit im Alter. Neue Dienstleistungen, neue Technik, neue Arbeit“, IZT-Arbeitsbericht Nr. 3/2004, Berlin

Manager-magazin: „Gehälterstudie: Vorstandsbezüge explodieren“; 21.6.2007 (Heft 7/2007)

Milleniumserklärung der Vereinten Nationen, Generalversammlungs-Beschluß der UN; New York 2000